

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Institut für Konjunkturforschung

WOCHEN BERICHT

35. Jahrgang

Berlin, den 24. Oktober 1968

Nummer 42/43

Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Herbst 1968

Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft
deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V., Bonn:

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
(Institut für Konjunkturforschung), Berlin

Institut für landwirtschaftliche Marktforschung,
Braunschweig-Völkenrode

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv, Hamburg

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

IFO-Institut für Wirtschaftsforschung, München

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschafts-
forschung, Essen

Abgeschlossen in Kiel am 18. Oktober 1968

Die Lage der Weltwirtschaft

In den letzten Monaten war die Entwicklung der Weltwirtschaft durch eine verstärkte Differenzierung gekennzeichnet. Während in Westeuropa das Wachstumstempo zunahm, begann es sich in den USA zu verlangsamen. Die Expansion des Welthandels setzte sich noch in etwa unverändertem Tempo fort. Die steigende Rohstoffnachfrage der Industrieländer bewirkte eine Verbesserung der Handelsbilanz der Entwicklungsländer.

Verlangsamung der Expansion in den USA zu erwarten

Im ersten Halbjahr 1968 war die wirtschaftliche Entwicklung in den Vereinigten Staaten durch eine in diesem Maße nicht erwartete Expansion gekennzeichnet. Das Wachstumstempo erreichte real gut 6 vH. Nach Inkrafttreten des zehnpromzentigen Zuschlags zur Einkommen- und Körperschaftsteuer und der Beschränkung des Ausgabenzuwachses im Haushaltsjahr 1968/69 hatte man allgemein mit einer schnellen Abschwächung der wirtschaftlichen Aktivität gerechnet. Die Ausgaben der Verbraucher stiegen jedoch im Juli 1968 stark an, und erst für den weiteren Verlauf des Quartals läßt sich aus den

Einzelhandelsumsätzen eine Abschwächung ihres Zuwachses ablesen. Die Kaufwelle wird vor allem auf die Erwartung weiterer kräftiger Preissteigerungen zurückgeführt, die die Verbraucher besonders zu Käufen dauerhafter Konsumgüter angeregt hat.

Im Gegensatz zum zweiten Quartal 1968, als vom starken Lageraufbau kräftige Impulse ausgingen, ist im dritten Vierteljahr 1968 eine Abschwächung infolge des Abbaus der vorsorglich angelegten Stahl-läger eingetreten. Die Anlageinvestitionen (ohne Wohnungsbau), die im zweiten Quartal etwas zurückgegangen waren, werden nach den jüngsten Unternehmerbefragungen im zweiten Halbjahr leicht zunehmen. Dabei ist zu bemerken, daß die Planungen nach unten korrigiert wurden. Angesichts der niedrigen Kapazitätsauslastung und der in den nächsten Quartalen wahrscheinlich sinkenden Gewinne (nach Steuerabzug) ist ein Unterschreiten dieser Ansätze durchaus möglich. Die angegebenen geplanten Erhöhungen sind außerdem nur nominal, real stagnieren die entsprechenden Investitionen.

Die Ausgaben des Staates für Güter und Dienste wachsen weiter kräftig an. Eine Auswirkung der

vom Kongreß beschlossenen Ausgabenplafondierung ist bisher in der Ausgabentätigkeit noch nicht zu spüren. Insgesamt ergab sich für das dritte Quartal dieses Jahres noch ein Anstieg des realen Bruttosozialprodukts, der auf Jahresbasis bei etwa 3,5 vH liegen dürfte.

Da die Wirkungen der fiskalpolitischen Beschlüsse auf sich warten ließen, sah sich offenbar das Federal Reserve System veranlaßt, den Zinsrückgang zeitweilig zu unterbrechen. Nachdem der Diskontsatz noch konstatierend von 5,5 auf 5,25 % herabgesetzt wurde, ist seit einigen Wochen eine gewisse Versteifung auf dem Geld- und Kapitalmarkt zu verzeichnen. Die Preissteigerungen in den USA haben sich in den letzten Monaten beschleunigt. Die Verbraucherpreise lagen im August 1968 um 4,3 vH über dem Stand des Vorjahres.

Die zu erwartende weitere Entwicklung ist gekennzeichnet durch eine Tendenz zur Abschwächung des Wachstums bei wichtigen Komponenten der Nachfrage. Der Ausgabenzuwachs des Staates könnte sich infolge der geplanten Ausgabenkürzungen verlangsamen. Es ist jedoch fraglich, ob die Kürzungen voll realisiert werden, da sie infolge der erwähnten Verzögerung gerade in einer konjunkturell kritischen Phase durchgeführt werden müßten. Auch von der Verbrauchernachfrage wird zunächst ein schwächeres Anwachsen erwartet, und die Investitionsausgaben werden vermutlich stagnieren. Das reale Bruttosozialprodukt wird im vierten Quartal dieses Jahres nur noch wenig zunehmen, und in den ersten Monaten des Jahres 1969 wird es zu einer zeitweiligen Stagnation oder sogar einem leichten Rückgang des realen Bruttosozialprodukts kommen.

Aus der binnenwirtschaftlichen Entwicklung heraus ist für den Rest des Jahres 1968 ein verlangsamtes Importwachstum und im ersten Halbjahr 1969 eventuell sogar ein absoluter Rückgang der Importe zu erwarten. Da sich gleichzeitig das Exportwachstum beschleunigen dürfte, ist mit einer Vergrößerung des Leistungsbilanzüberschusses der USA zu rechnen. Allerdings wird das nicht zu einer entsprechenden Verringerung des Zahlungsbilanzdefizits führen, da der Nettokapitalexport wieder zunimmt.

Das Zahlungsbilanzdefizit verstärkt die Neigung zu Importrestriktionen und verringert den Spielraum für eine binnenwirtschaftlich orientierte Konjunkturpolitik, die angesichts der zu erwartenden Steigerung der Arbeitslosigkeit expansiv wirken müßte. Zwingt die Rücksicht auf die Zahlungsbilanz die verantwortlichen Instanzen, die Kürzung der Ausgabenansätze in vollem Umfang durchzuführen und den Steuerzuschlag über die Jahresmitte hinaus beizubehalten, so dürfte sich das wirtschaftliche Wachstum, das 1968 4,5 vH erreicht, im Jahre 1969 etwa halbieren.

Beschleunigtes Wachstum in Westeuropa

In den letzten Monaten stand die Entwicklung der westeuropäischen Wirtschaft insgesamt im Zeichen einer beschleunigten Expansion, nachdem im ersten Halbjahr 1968 verschiedene Sondereinflüsse einen

kontinuierlichen Anstieg von Nachfrage und Produktion verhindert hatten. Insbesondere gilt das für Frankreich, wo nach Beilegung der innenpolitischen Konflikte neben den Nachholeffekten die Kaufkraftsteigerung durch die Lohnerhöhungen wirksam wurde. Entscheidend für die Stärkung der Auftriebskräfte in Westeuropa blieb jedoch der anhaltende Aufschwung in der Bundesrepublik Deutschland. Die davon ausgehenden Impulse haben in Italien wie in den meisten kleineren Volkswirtschaften das konjunkturelle Wachstum merklich gefördert. Demgegenüber expandierte die britische Volkswirtschaft nur langsam, wengleich die kontraktiven Wirkungen des Budgets seit der Jahresmitte nachlassen.

Die konjunkturelle Entwicklung in den einzelnen Ländern Westeuropas wies in diesem Jahr bisher nicht nur erhebliche Unterschiede im Expansions-tempo, sondern auch im Hinblick auf die treibenden Nachfragekräfte auf. War die Erholung in der Bundesrepublik Deutschland in erster Linie auf die Stärkung der Inlandsnachfrage zurückzuführen, so empfing die Nachfrage der meisten anderen Volkswirtschaften die wichtigsten Impulse zunächst von außen. Die Belebung der Ausfuhr nach der Bundesrepublik traf mit einer kräftigen Steigerung der Lieferungen nach überseeischen Volkswirtschaften, namentlich nach den USA, zusammen.

Die außenwirtschaftlichen Anregungen begannen im Laufe des Jahres zunehmend auch die Inlandsnachfrage zu stützen. Nachdem zunächst insbesondere von den Lagerinvestitionen expansive Einflüsse ausgegangen waren, hat sich schließlich auch die Bereitschaft zu Anlageinvestitionen wieder erhöht. Diese Bewegung setzte im allgemeinen später ein und war bisher auch erheblich schwächer als in der Bundesrepublik Deutschland. Insgesamt verlagert sich auf diese Weise in Westeuropa der maßgebliche Einfluß allmählich wieder von den öffentlichen auf die privaten Investoren. Dabei spielen wirtschaftspolitische Maßnahmen teilweise eine wichtige Rolle, so in Großbritannien die Begünstigung der Unternehmensgewinne im Gefolge der Abwertung, in Frankreich und Italien die Verstärkung der direkten Investitionsförderung.

Die erwähnten Sondereinflüsse wirkten sich vor allem in der Entwicklung des privaten Verbrauchs aus. Er war in Großbritannien als Folge der im März ergriffenen Restriktionen vorübergehend sogar rückläufig. Demgegenüber lösten in Frankreich die Einkommenssteigerungen der Haushalte und eine durch erwartete Verteuerungen erhöhte Konsumneigung eine Kaufwelle aus. In den meisten anderen Volkswirtschaften folgte der private Verbrauch nur mehr oder weniger zögernd der Nachfragebelebung in den übrigen Bereichen.

Die Spanne zwischen realer und nominaler Entwicklung des privaten Verbrauchs hat sich in den meisten westeuropäischen Ländern im Laufe des Jahres weiter verringert. Besonders trug dazu die Entwicklung der Nahrungsmittelpreise bei, die in einigen Ländern unter den Vorjahresstand fielen.

Die Verteuerung der Lebenshaltung insgesamt ging daher im Spätsommer im allgemeinen nicht über 3 vH (Vorjahrsvergleich) hinaus; vielfach hielt sie sich sogar zwischen 1 und 2 vH, so in der Bundesrepublik Deutschland, Italien, Schweden und der Schweiz. Wichtige Ausnahmen waren Großbritannien und Frankreich mit einer Verteuerung um nahezu 6 bzw. 5 vH. In beiden Fällen wirkten wiederum die Sondereinflüsse mit, nämlich die Abwertung und Steuererhöhungen bzw. die kräftigen Lohnkostensteigerungen.

Die relativ günstige Preisentwicklung in den meisten Ländern wurde auch dadurch gefördert, daß der Lohnauftrieb überwiegend mäßig blieb. Die Stundenlöhne der Industriearbeiter waren zuletzt nur um 3 bis 6 vH höher als vor Jahresfrist; etwas größer war der Anstieg in Österreich und den Niederlanden. In der gegenwärtigen Phase einer konjunkturell beschleunigt zunehmenden Produktivität dürften so die Arbeitskosten je produzierte Einheit in den meisten Ländern merklich langsamer bzw. gar nicht mehr steigen. Aus dem Rahmen fiel die Entwicklung in Frankreich, wo die Stundenlöhne nach dem Streik um 15 vH höher als vor Jahresfrist waren und seitdem weiter gestiegen sind.

Die Voraussetzungen für eine weiterhin ruhige Lohnentwicklung sind überwiegend günstig, da die Besserung der Konjunkturlage sich bisher — abgesehen von der Bundesrepublik Deutschland — nur wenig auf den Arbeitsmärkten niedergeschlagen hat. Die Arbeitslosigkeit ist daher in den meisten Ländern noch immer höher als vor Jahresfrist. In Frankreich verhinderte der kräftige Nachfragestoß, daß trotz verstärkter Rationalisierung größere Entlassungen vorgenommen wurden. In Großbritannien kam es nach der Verlangsamung des Produktionswachstums wieder zu einer Erhöhung der Arbeitslosigkeit. In beiden Ländern ist sie höher als mit den wirtschaftspolitischen Zielvorstellungen vereinbar.

Im Winterhalbjahr wird sich in den meisten westeuropäischen Ländern das wirtschaftliche Wachstum weiter leicht beschleunigen. 1969 dürfte die Wachstumsrate des realen Bruttosozialprodukts in Westeuropa mit reichlich 4,5 vH etwas höher liegen als 1968. Die Triebkräfte für das Wirtschaftswachstum werden sich mehr auf die inländische Nachfrage verlagern, zumal die Zunahme der Exporte Westeuropas in die übrige Welt geringer als bisher sein wird. Die verfügbaren Ressourcen dürften in den meisten westeuropäischen Ländern vorerst ein spannungsfreies Wachstum erlauben; in Frankreich und Großbritannien erfordert allerdings der Anpassungsprozeß der Wirtschaft an die veränderte Datenkonstellation weiterhin besonders große Aufmerksamkeit der wirtschaftspolitischen Instanzen.

Kräftige Zunahme des Welthandels

Die seit dem Herbst 1967 zu verzeichnende erneute konjunkturelle Expansion des Welthandels setzte sich bisher in unverändertem Tempo fort. Die Welt-einfuhr (ohne Ostblockländer) nahm im ersten Halb-

jahr 1968 um 7 vH zu nach 4,5 vH im ganzen Jahr 1967. Zu dieser Entwicklung trug vor allem der ungewöhnlich starke Anstieg der nordamerikanischen Einfuhren bei, die um 18 vH ihren Vorjahrsstand überschritten; umfangreiche Vorratskäufe in Erwartung des Stahlarbeiterstreiks und die stark zunehmenden Konsumgüterimporte spielten dabei eine wesentliche Rolle. Die Einfuhren der westeuropäischen Industrieländer erhöhten sich im ersten Quartal dieses Jahres recht kräftig (Wachstumsrate 7,5 vH); allerdings kam es im zweiten Quartal infolge der wirtschaftlichen Krise in Frankreich zu einer deutlichen Verlangsamung des Importwachstums, die inzwischen durch eine erneute Belebung abgelöst worden ist.

Für die Entwicklung der Ausfuhren war kennzeichnend, daß die Exporte sowohl der westlichen Industrieländer als auch der überseeischen Entwicklungsländer kräftig zunahmen. Die Ausfuhren der westeuropäischen Industrieländer stiegen im ersten Halbjahr 1968 gegenüber dem Vorjahr um 6 vH an, wobei sich das Wachstum vom ersten zum zweiten Quartal infolge von Sondereinflüssen verlangsamte. Die Exporte Nordamerikas lagen im ersten Halbjahr 1968 um 8,5 vH über denen des Vorjahres; gleichwohl blieb hier das Wachstum der Ausfuhr erheblich hinter dem der Einfuhr zurück, so daß sich eine beträchtliche Abnahme des Aktivsaldo der Handelsbilanz ergab. Demgegenüber verlief die Ausfuhr Japans, insbesondere nach Nordamerika, außerordentlich günstig.

Die außenwirtschaftliche Lage der Entwicklungsländer gestaltete sich im ersten Halbjahr 1968 erheblich besser als vordem; ihre Exporterlöse stiegen beschleunigt an und überschritten nach ersten Schätzungen den Vorjahrsstand um 6,5 vH. Diese relativ günstige Entwicklung erlaubte es den Entwicklungsländern, wieder in größerem Umfang Güter und Dienste auf den internationalen Märkten nachzufragen. Dennoch stieg die Einfuhr der Entwicklungsländer im ersten Halbjahr 1968 weniger stark als die Ausfuhr, und der Passivsaldo ihrer konsolidierten Handelsbilanz verminderte sich beträchtlich.

Die verlangsamte zunehmende Rohstoffnachfrage Nordamerikas, der keine entsprechende Belebung der Nachfrage der westeuropäischen Länder gegenübersteht, sowie die Tendenz zu eher nachgebenden Rohstoffpreisen deuten darauf hin, daß sich der Anstieg der Exporterlöse der Entwicklungsländer verlangsamen wird. Ob sich daraus schon kurzfristig eine Abschwächung ihres Einfuhrwachstums ergeben wird, erscheint fraglich, da die Devisenreserven der Entwicklungsländer bis zur Jahresmitte zugenommen haben.

Die Aussichten auf einen künftig beschleunigt zunehmenden Realtransfer von den Industrieländern zu den Entwicklungsländern sind daher nicht günstig. Auch ein Abbau der in den Industrieländern noch bestehenden Einfuhrhemmnisse für Rohstoffe dürfte für die Entwicklungsländer langfristig nicht von Nutzen sein. Ähnliches gilt für die gegenwärtig bestehenden Rohstoffabkommen, die die Probleme auf den relevanten Märkten nur überdecken, aber

nicht lösen können. Notwendig bleibt daher eine beschleunigte Diversifizierung der Wirtschaftsstrukturen in den Entwicklungsländern, die aber ohne eine verstärkte externe Hilfe und eine komplementäre Importpolitik der Industrieländer nicht bewältigt werden kann.

Rohstoffpreise werden nachgeben

Auf den internationalen Märkten für Industrierohstoffe ist das Preisniveau in den letzten Monaten unverändert geblieben, nachdem es sich im April infolge des Preisrückgangs auf dem Kupfermarkt ermäßigt hatte. Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die Preise für Industrierohstoffe auf Dollarbasis, also unter rechnerischer Ausschaltung der Währungsabwertungen, fast auf dem gleichen Niveau gehalten.

Den Hintergrund dieser Entwicklung bildete die weiterhin unveränderte Zunahme der Industrieproduktion und damit auch des Rohstoffverbrauchs in den westlichen Industrieländern. Die Dämpfung des Nachfrageanstiegs nach der Wiederauffüllung der Lagerbestände zur Jahresmitte wurde im wesentlichen durch immer wieder auftretende spekulative Käufe überdeckt. Zu den auslösenden Faktoren zählten Gerüchte über Wechselkursänderungen, die Krise in der Tschechoslowakei, Erwartungen von Arbeitskämpfen und schließlich auf einigen Teilmärkten vermutete weitere Eindeckungen des Ostblocks. Die Preisänderungen blieben im allgemeinen begrenzt, weil die Zunahme des Rohstoffangebots — kaum gestört durch Produktions- und Lieferungsaufälle — fast ausnahmslos mit der Entwicklung der Nachfrage übereinstimmte.

In den nächsten Monaten werden die Preise für Industrierohstoffe wegen des nach wie vor befürchteten Streiks der Hafendarbeiter in den Vereinigten Staaten eher etwas anziehen, da mit gewissen Vordeckungen zu rechnen ist. Nach Beendigung dieses Arbeitskonfliktes wird sich die Grundtendenz wieder durchsetzen. Sie ist dadurch gekennzeichnet, daß dämpfende Einflüsse auf die Zunahme der Nachfrage nach Industrierohstoffen in der westlichen Welt von der Verlangsamung des Wirtschaftswachstums in den USA zu erwarten sind, während sich in Westeuropa der Anstieg des Rohstoffverbrauchs zumindest unvermindert fortsetzen wird. Das Angebot an Industrierohstoffen dürfte künftig auch dann reichlich bleiben, wenn die USA die vorsichtige Stockpile-Politik beibehalten und die Produzenten ihre Anstrengungen zur Beschränkung der Produktion oder Lieferung verstärken sollten. Aufgrund dieser voraussichtlichen Entwicklung der Angebots-Nachfrage-Verhältnisse ist 1969 mit leicht nachgebenden Preisen für Industrierohstoffe zu rechnen.

Der Rückgang des Preisniveaus auf den Nahrungsmittelmärkten seit April beträgt etwa 5 vH; besonders stark gesunken sind die Zuckerpreise. Daneben wurden noch Ölsaaten und pflanzliche Öle billiger, während die Kakaopreise hausartig stiegen. Im kommenden Jahr werden die Weltmärkte für Nahrungsmittel durch reichliche Versorgung,

teilweise sogar durch Überangebot gekennzeichnet sein. Letzteres gilt insbesondere für Zucker sowie Fette und Öle. In den Industriestaaten wie in den Entwicklungsländern wurden gute bis sehr gute Getreideernten eingebracht. Von wenigen Ausnahmen — wie beispielsweise Rindfleisch — abgesehen, werden die Weltmärkte für Nahrungsmittel daher unter Preisdruck stehen. Bei den Genußmitteln Kaffee und Kakao ist infolge geringerer Ernten mit etwas erhöhten Preisen zu rechnen.

Ausblick

In der westlichen Welt ist 1969 mit divergierenden Entwicklungstendenzen zu rechnen. In Westeuropa wird sich das Wirtschaftswachstum leicht beschleunigen, das reale Bruttosozialprodukt wird hier um reichlich 4,5 vH zunehmen. Dabei ist ein verlangsamer Anstieg in der Bundesrepublik Deutschland und eine beschleunigte Zunahme in Frankreich zu erwarten. Für Westeuropa ohne die Bundesrepublik wird somit die Verstärkung des wirtschaftlichen Wachstums etwas ausgeprägter sein. Andererseits wird sich die konjunkturelle Dämpfung in den USA, die nach der Jahresmitte begonnen hat, fortsetzen und in der ersten Hälfte des kommenden Jahres sogar noch akzentuieren. Erst in der zweiten Jahreshälfte wird sich vermutlich das Wachstum dort wieder beschleunigen. Unter dieser Annahme ist in den USA mit einem Anstieg des realen Bruttosozialprodukts im Jahre 1969 um rund 2,5 vH und in der Gesamtheit der Industrieländer um 3,5—4 vH (nach 4,5 vH 1968) zu rechnen.

Die unterschiedliche Wirtschaftsentwicklung in Westeuropa einerseits und in den USA andererseits begünstigt eine Veränderung der Leistungsbilanzsalden. So wird die Einfuhr der USA eine Dämpfung erfahren, während ihre Ausfuhr wegen der relativ lebhaften Konjunktur Westeuropas eher beschleunigt steigen wird. Eine Vergrößerung des zuvor stark geschrumpften amerikanischen Leistungsbilanzüberschusses ist daher zu erwarten. In Westeuropa insgesamt wird sich umgekehrt der Leistungsbilanzüberschuß verringern. Jedoch sehen vor allem jene europäischen Länder einer Leistungsbilanzverschlechterung entgegen, in denen sich — wie etwa in Frankreich — das Wachstum beschleunigt. Andererseits wird die Bundesrepublik Deutschland als wichtigstes Überschußland einen nahezu unverändert hohen Aktivsaldo der Leistungsbilanz erreichen. Unter diesen Umständen kann nicht erwartet werden, daß die USA und Großbritannien ihre Leistungsbilanz so weit verbessern, daß ihr außenwirtschaftliches Ungleichgewicht beseitigt wird. Das Konjunkturgefälle zwischen Westeuropa und den USA wird deshalb nicht einmal kurzfristig zu einem Zahlungsbilanzausgleich führen.

Zwar haben die internationalen Kapitalströme — zum Teil unter dem Einfluß von Sonderfaktoren — zu einer leichten Entspannung der Zahlungsbilanzsituation geführt. Es ist jedoch kaum damit zu rechnen, daß sie den Defizitländern eine anhaltende Entlastung bringen werden. Der Kapitalstrom in die angelsächsischen Volkswirtschaften dürfte

sich eher wieder verringern, schon weil innerwirtschaftliche Rücksichten die Regierungen dieser Länder zu einer Zinspolitik drängen, bei der sich die Zinsdifferenz zu den kontinentaleuropäischen Ländern erneut vermindert. Auf längere Sicht wären jedoch die Außenwirtschaftsprobleme der angelsächsischen Länder durch verstärkten Zufluß ausländischen Kapitals ohnehin nicht zu lösen. Denn diese Länder streben eine Lösung ihrer Zahlungsbilanzprobleme durch Verbesserung ihrer Leistungsbilanz an. Das wird auch dadurch deutlich, daß Importrestriktionen von ihnen für den Fall erwogen werden, daß die erstrebte Aktivierung ihrer Leistungsbilanz anders nicht gelingt. Eine solche Aktivierung ist der einzige Weg, gleichzeitig eine zunehmende Unterbeschäftigung zu vermeiden. Auf

diesem Weg ist der hohe Leistungsbilanzüberschuß der Bundesrepublik ein Hindernis.

Bei der erwarteten Entwicklung der internationalen Leistungs- und Kapitalströme ist mit einem Wiederaufleben von Spekulationen gegen einzelne Währungen zu rechnen. Da zu diesen auch die Reservewährungen gehören, gilt es weiterhin, durch geeignete Gegenmaßnahmen die Funktionsfähigkeit des internationalen Währungssystems zu erhalten. Das in den letzten Jahren entwickelte System der Palliative, wie der Gewährung internationaler Stützungskredite, hat zwar seine Wirksamkeit wiederholt unter Beweis gestellt. Wie lange es jedoch noch den Verzicht auf eine Ursachentherapie erlauben wird, ist ungewiß. Eine internationale Neufestsetzung der Währungsparitäten dürfte auf die Dauer jedenfalls kaum zu umgehen sein.

Die Lage in der Bundesrepublik

Allgemeiner Überblick

In der Bundesrepublik hat sich der konjunkturelle Aufschwung, dessen Beginn nunmehr anderthalb Jahre zurückliegt, bis zuletzt unvermindert kräftig fortgesetzt. Das reale Bruttosozialprodukt wächst zur Zeit konjunkturell um etwa 1,5 vH von Vierteljahr zu Vierteljahr. Auf das ganze Jahr bezogen wird die Wachstumsrate etwa 6,5 vH betragen. Das zu Jahresbeginn von der Bundesregierung gesetzte Wachstumsziel wird also erheblich übertroffen werden.

Bisher ist es zu keinen nennenswerten Verknappungen gekommen: Das Inlandsangebot reagierte so elastisch, daß die Gesamtnachfrage zu stabilen Preisen gedeckt werden konnte, ohne daß sich die Einfuhr im erwarteten Ausmaß verstärkte. Der Außenbeitrag nahm sogar zu.

Das wirtschaftliche Wachstum wurde bis zum Frühjahr fast ausschließlich von Produktivitätsfortschritten getragen, die sich im Zuge der zunehmenden Auslastung der Produktionskapazitäten und des rationelleren Einsatzes der Arbeitskräfte ergaben.

Seither steigt die Erwerbstätigenzahl konjunkturell rasch an¹; dabei wurde die Vollbeschäftigung wieder erreicht. Die Arbeitslosenzahl betrug Ende September nur noch 175 000; das entspricht einer jahresdurchschnittlichen Arbeitslosenquote von 1,2 vH, die als optimal angesehen werden kann. Die Zahl der offenen Stellen nahm bis zuletzt kräftig zu. Von Mai bis September erhöhte sich in Industrie und Bauwirtschaft die Zahl der Firmen sprunghaft, die über Arbeitskräftemangel berichten, obwohl die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer nach der Jahresmitte beträchtlich gestiegen ist.

Der Auftragseingang in der Industrie ist konjunkturell weiterhin steil aufwärts gerichtet. Die Auftragsbestände sind anhaltend kräftig gewachsen,

sie werden von der Industrie wieder als befriedigend beurteilt.

Die Zunahme der effektiven Lohn- und Gehaltsätze je geleistete Stunde war im Frühjahr besonders groß². Nach der Jahresmitte war diese Zunahme konjunkturell wieder schwächer als die der Produktivität. Von den Lohnkosten her wurde die Ertragslage der Unternehmen in den letzten Monaten erneut verbessert. Da die übrigen Kosten je Produktionseinheit ebenfalls nicht stiegen, ist bei gesamtwirtschaftlich kaum erhöhtem Preisniveau die Erlös-Kosten-Relation auch von hierher günstiger geworden.

Einkommen der privaten Haushalte zieht nach

Im Frühjahr dieses Jahres wurden die tariflichen Lohn- und Gehaltsätze für einen in dieser Jahreszeit ungewöhnlich großen Teil der Beschäftigten erhöht. Die Steigerung der Tarifsätze blieb jedoch hinter dem zurück, was die Regierung im Jahreswirtschaftsbericht als wünschenswert bezeichnet hat. Wenn sich für die effektiven Sätze eine stärkere Zunahme ergab, so lag das im wesentlichen daran, daß vermehrt Überstunden geleistet wurden. Da auch die Zahl der Beschäftigten wieder wuchs, stieg die Bruttolohn- und -gehaltssumme verstärkt an.

Die Anhebung der Beitragssätze zur Rentenversicherung von 14 auf 15 vH Anfang des Jahres schmälerte die Zunahme des Nettoarbeitseinkommens zusätzlich zur Wirkung der Einkommensteuerprogression. Trotzdem ist auch das Nettoeinkommen rascher als zuvor gestiegen.

¹ Bei dieser Aussage wurde berücksichtigt, daß die Schulentlassungen seit 1967 nicht mehr zu Ostern, sondern im Herbst stattfinden.

² Dies war bedingt durch die überdurchschnittlich große Zahl an bezahlten Feiertagen, durch vermehrte Überstundenleistung sowie durch die ungewöhnlich hohe Zahl von Beschäftigten, für die neue tarifliche Lohn- und Gehaltsabschlüsse wirksam wurden.

Die Leistungen aus der Rentenversicherung wurden zwar wie üblich zu Beginn dieses Jahres erhöht, die Rentner wurden aber zur Zahlung von Krankenversicherungsbeiträgen herangezogen. Da sich auch die Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung verminderten, haben die übertragenen Einkommen weniger stark zugenommen als im Vorjahr.

Die Privatentnahmen haben sich bei dem kräftigen konjunkturellen Anstieg des Bruttoeinkommens aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, zu dem auch die Entlastung der Altvorräte beitrug, beträchtlich erhöht.

Das gesamte verfügbare Einkommen wuchs somit konjunkturell verstärkt. Entsprechend kräftig war auch die Ausweitung des privaten Verbrauchs. Nach der Jahresmitte setzte eine nennenswerte Beschleunigung der privaten Verbrauchsausgaben ein.

Das Preisniveau des privaten Verbrauchs stagnierte im Verlauf des ersten Halbjahres: Die saisonübliche Steigerung der Preise für Ernährungsgüter fiel weitgehend aus, weil sich vor allem die Fleischpreise weiter ermäßigten; die Preise der Waren ohne Ernährungsgüter zogen seit dem Frühjahr leicht an, die Wohnungsmieten setzten ihren seit Jahresbeginn verstärkt aufwärtsgerichteten Trend unverändert fort. Seit der Jahresmitte tendiert das Preisniveau des privaten Verbrauchs leicht nach oben.

Stark steigende Ausrüstungsinvestitionen

Die wachsende Beanspruchung der Produktivkräfte und die günstige Entwicklung der Unternehmerrgewinne sind wohl die wichtigsten Gründe dafür, daß die Investitionsneigung der westdeutschen Wirtschaft, insbesondere der Industrie, bis zuletzt kräftig zugenommen hat. Die Inlandsaufträge bei der Investitionsgüterindustrie haben im Durchschnitt der Monate Juni bis August sowohl das hohe, vor der Rezession erreichte Niveau als auch ihren Stand vom ersten Jahresviertel 1968 um etwa 15 vH überschritten³.

Die Inlandsumsätze der Investitionsgüterindustrien nahmen nach dem durch Sondereinflüsse bedingten Rückgang im ersten Jahresviertel sprunghaft zu. Trotzdem übertrafen die Auftragseingänge aus dem Inland die Inlandsumsätze bis zuletzt erheblich. Die hieraus erkennbare beträchtliche Zunahme der Auftragsbestände dürfte im eigentlichen Investitionsgüter produzierenden Bereich noch stärker ausgeprägt gewesen sein als in den anderen Sparten der Investitionsgüterindustrien.

Vom ersten zum zweiten Halbjahr 1968 nehmen die Ausrüstungsinvestitionen wahrscheinlich um 11 vH zu. Die Preise der Investitionsgüter werden zwar anziehen, der Anstieg wird sich jedoch wegen der günstigen Entwicklung der Erlös-Kosten-Relation in engen Grenzen halten.

Wieder Wachstum der Bauinvestitionen

Die Nachfrage nach Leistungen des Baugewerbes hatte sich Anfang des Jahres 1968 vorübergehend

merklich abgeschwächt, da die über die Investitionshaushalte finanzierten öffentlichen Aufträge vergeben und für den Wirtschaftsbau die Konjunkturstützungsmaßnahmen ausgelaufen waren.

Die Bauproduktion, die in den ersten Monaten dieses Jahres einen Einbruch aufwies, ist seitdem wieder durch ein deutliches konjunkturelles Wachstum gekennzeichnet. Günstiger als die Bauproduktion haben sich die realen Bauinvestitionen entwickelt. Im Zuge der Althausanierung hat sich der Anteil der investiven Reparaturen gegenüber den nichtinvestiven erhöht. Vermutlich sind im Zusammenhang mit den allgemeinen Kürzungen im Verteidigungshaushalt auch die Verteidigungsbauten, die nicht zu den Investitionen zählen, reduziert worden, so daß sich der Anteil der zivilen Bauten am Bauvolumen erhöhte.

Im weiteren Verlauf des Jahres dürften die Bauinvestitionen und die Bauproduktion weitgehend parallel wachsen. Träger der Expansion sind nach wie vor hauptsächlich der Tiefbau und der gewerbliche Bau. Die günstige Entwicklung im gewerblichen Bau deutet darauf hin, daß die Unternehmen ihre Produktionskapazitäten wieder verstärkt erweitern.

Die Einführung der Mehrwertsteuer hat auch auf dem Baumarkt zu Preissteigerungen geführt. Erneute Verteuerungen dürften sich nach Erhöhung der Mehrwertsteuer zum 1. Juli 1968 in engen Grenzen gehalten haben, da die Bauunternehmer die Preise zu Anfang des Jahres vermutlich schon im Vorgriff heraufgesetzt hatten.

Nach wie vor hoher Außenbeitrag

Die Ausfuhr hat seit der Jahresmitte beschleunigt zugenommen; das gilt vor allem für den Warenverkehr mit den EWG-Ländern und der EFTA. Die Beschleunigung erklärt sich jedoch nur zum geringeren Teil durch die verstärkte wirtschaftliche Aktivität in diesen Ländern, zum überwiegenden Teil ist sie auf Sonderfaktoren zurückzuführen. So hatten der Fortfall der EWG-Binnenzölle und die Tarifsenkungen im Rahmen der Kennedy-Runde eine Verschiebung von Lieferungen in die Zeit nach dem 1. Juli 1968 zur Folge. Von erheblichem Gewicht war auch der Export nach Frankreich, dessen Abwicklung sich durch die politischen Unruhen im Mai verzögert hatte. Eine Rolle spielten sodann die sehr hohen Ausfuhren in die USA, die zum Teil im Zusammenhang mit Eindeckungskäufen aus Sorge vor drohenden Streiks zu sehen sind. Kräftiger gestiegen sind schließlich auch die Ausfuhren in die Entwicklungsländer, insbesondere Afrikas und Asiens. Die Exporte in die Ostblockländer haben sich demgegenüber nur leicht belebt.

Zur Beschleunigung des Ausfuhrwachstums trug insbesondere der Export von Kraftfahrzeugen bei. Aber auch die Lieferungen von elektrotechnischen

³ Unter Berücksichtigung der durch die Umsatzsteuerreform entstandenen Veränderungen.

Gütern und Erzeugnissen der Verbrauchsgüterindustrien sind verstärkt gestiegen. Die Ausfuhr von Maschinen, die im ersten Halbjahr stagnierte, hat sich dagegen bisher nur wenig belebt.

Die Einfuhr hat im konjunkturellen Verlauf — nach einer Stagnation im zweiten Vierteljahr — wieder zugenommen. Dabei hat sich das Gewicht der Expansion von den Rohstoffen und Halbwaren auf die Fertigwaren verlagert. Dies ist einerseits auf die Beendigung der Lagerauffüllung bei den Rohstoffen und Halbwaren, andererseits auf die Verstärkung der inländischen Endnachfrage zurückzuführen. Die Einfuhr von Investitionsgütern stieg im Zusammenhang mit der kräftigen Investitionstätigkeit leicht beschleunigt. Mit der Verstärkung der Einkommensentwicklung erhöhten sich auch die Bezüge von Verbrauchsgütern wieder. Die Importe von Ernährungsgütern nahmen wegen der reichlichen Inlandserzeugung nur wenig zu.

Bei dieser Entwicklung im Warenverkehr nahm der Ausfuhrüberschuß saisonbereinigt wieder zu. Neuerdings hat sich aber das Defizit im Dienstleistungsverkehr vergrößert. Hierzu trugen insbesondere verstärkte Kapitalertragszahlungen und Ausgaben im Reiseverkehr bei.

Der Außenbeitrag ist konjunkturell leicht gestiegen. Die Terms of Trade haben sich bei sinkenden Ein- und Ausfuhrpreisen etwas verbessert.

Bis zur Jahresmitte nur geringe Zunahme der Staatseinnahmen

Die Einnahmen des Staates⁴ sind in der ersten Jahreshälfte nur geringfügig rascher gewachsen als im vorausgegangenen Halbjahr, obwohl eine Reihe von einnahmeverbessernden Maßnahmen (Erhöhung der Beitragssätze, starke Anhebung der Beitragbemessungsgrenze sowie Aufhebung der Versicherungspflichtgrenze in der Rentenversicherung) wirksam wurden. Während die Einnahmen der Sozialversicherung aufgrund dieser Änderungen beschleunigt zunahmen, verbesserte sich die Einnahmensituation der Gebietskörperschaften nur wenig. Das Steueraufkommen wurde insbesondere durch die Entlastung der Altvorräte von kumulativer Umsatzsteuer (2,8 Mrd. DM) gemindert, die weit stärker ins Gewicht fiel als der aufkommenerhöhende Einfluß des Übergangs von der Ist- zur Soll-Besteuerung. Im Gegensatz zu den indirekten wiesen die direkten Steuern bereits im ersten Halbjahr 1968 wieder einen bemerkenswerten Anstieg auf. Besonders kräftig wuchs das Aufkommen aus der konjunktur reagiblen Lohnsteuer sowie der Körperschaftsteuer.

Nach der Jahresmitte hat sich die Zunahme der Einnahmen spürbar beschleunigt. Hier spielten neben der geringeren Bedeutung der Altvorräteentlastung das allgemeine Wachstum der Einkommen und Umsätze, veranlagungstechnische Gründe sowie die Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes eine Rolle.

Die Ausgaben des Staates blieben mit ihrem Anstieg im ersten Halbjahr hinter dem der Einnahmen geringfügig zurück. Trotz der Auswirkungen des zweiten Konjunkturprogramms war das Ausgabenwachstum verhältnismäßig schwach. Dies ist in erster Linie auf beträchtliche Verminderungen der Verteidigungsausgaben zurückzuführen, die den Staatsverbrauch insgesamt stagnieren ließen. Erheblich weniger stark als im Vorjahr nahmen die Einkommensübertragungen an die privaten Haushalte zu. Kräftig erhöht haben sich dagegen neben den Investitionsaufwendungen vor allem die Auslandsübertragungen und Subventionen. Für den Anstieg der Auslandsübertragungen sind erhöhte Beiträge zum Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds ausschlaggebend.

Auch bei den Ausgaben des Staates stellte sich im Vorjahresvergleich nach der Jahresmitte eine Beschleunigung ein. Der Staatsverbrauch dürfte, falls die Ansätze im Verteidigungshaushalt ausgeschöpft werden, im zweiten Halbjahr wiederum und zudem kräftig wachsen. Die Ausgaben für Investitionen werden in dieser Zeit beträchtlich über denen der entsprechenden Vorjahreszeit liegen.

Das Finanzierungsdefizit⁵ des Staates wird 1968 etwas geringer sein als im Vorjahr.

Sinkende Zinsen — hohe Kapitalexporte

Die lebhaft binnenvirtschaftliche Aktivität schlägt sich auch in der monetären Entwicklung deutlich nieder. Im Zuge der verstärkten Investitionstätigkeit greifen die Unternehmen mehr als bisher auf Fremdmittel zurück; allerdings ist ihre Selbstfinanzierungsquote noch immer recht hoch. Demgegenüber läßt der Nettokreditbedarf des Staates seit dem Frühjahr nach.

Seit Jahresbeginn wird der westdeutsche Rentenmarkt in ungewöhnlich großem Umfang von Ausländern in Anspruch genommen, denn die Maßnahmen der amerikanischen Regierung zur Einschränkung des Kapitalexports haben viele ausländische Emittenten auf den europäischen, namentlich den recht ergiebigen deutschen Kapitalmarkt verwiesen. Im bisherigen Verlauf des Jahres haben deutsche Anleger per Saldo weit mehr ausländische Anleihen erworben (reichlich 2 Mrd. DM) als im gesamten Zeitraum seit der Währungsreform. Diese Wertpapierkäufe haben entscheidend dazu beigetragen, daß der langfristige Kapitalexport in letzter Zeit erheblich größer war als der Überschuß in den laufenden Posten der westdeutschen Zahlungsbilanz. Zwar schloß trotz des Defizits in der „Grundbilanz“ die offizielle Devisenbilanz mit nennenswerten Überschüssen ab; der Zunahme der von der Bundesbank gehaltenen Währungsreserven standen jedoch im wesentlichen kurzfristige Verbindlichkeiten aufgrund von Währungsspekulationen gegenüber.

⁴ Gebietskörperschaften, Lastenausgleichsfonds und Sozialversicherungsträger.

⁵ Summe aller Ausgaben, vermindert um Darlehen an Dritte und Tilgung, abzüglich Summe aller Einnahmen, vermindert um die Bruttokreditaufnahme und Tilgungseinnahmen des Staates.

Sowohl der ausländische als auch der inländische Bedarf an Finanzierungsmitteln, insbesondere an längerfristigen Krediten, wurde bisher ohne Schwierigkeiten gedeckt: Bis zuletzt haben die Zinssätze für kurz- und längerfristige Bankkredite leicht nachgegeben, neuerdings sind auch die Habensätze etwas gesunken, und auf dem Markt für festverzinsliche Wertpapiere setzt sich der Sechsprozentertum immer mehr durch.

Seit dem Frühjahr nehmen die Liquiditätsreserven der Banken tendenziell nicht weiter zu. Da jedoch die Ausstattung der Kreditinstitute — wie auch der übrigen Wirtschaft — mit Liquidität zur Zeit außerordentlich reichlich ist, werden selbst Liquiditätsverluste, wie sie im Sommer zu verzeichnen waren, ohne Konsequenzen für das langfristige Aktivgeschäft hingenommen. Dies gilt um so mehr, als die Bundesbank gerade in der letzten Zeit mehrfach erklärt hat, daß für sie vorerst kein Anlaß zu Restriktionsmaßnahmen besteht.

Ausblick

Alles spricht dafür, daß sich der nun voll entfaltete Konjunkturaufschwung im kommenden Jahr fortsetzen wird. Auch unter der Voraussetzung eines anhaltend starken Rückgriffs auf ausländisches Arbeitskräfteangebot läßt sich aber das bisher so hohe Wachstumstempo nicht aufrechterhalten, da die Zahl der inländischen Erwerbspersonen abnimmt, die durchschnittliche Arbeitszeit zurückgeht und Produktivitätsfortschritte, die auf die Erhöhung der Auslastung der Produktionskapazitäten zurückzuführen sind, mehr und mehr nachlassen.

Wie bisher werden die für die Gesamtnachfrage entscheidenden Impulse von den Investitionsabsichten der Unternehmen ausgehen. Anders als zu Beginn der Aufschwungsphase werden die industriellen Anlageinvestitionen die stärkste Zunahme aufweisen. Nach den letzten Informationen plant die Industrie für das Jahr 1969 eine Steigerung der Ausrüstungsinvestitionen um knapp ein Fünftel. Der Handel und die übrigen Dienstleistungsbereiche dürften angesichts der zu erwartenden Umsatzsteigerungen ihre Investitionen ebenfalls erhöhen. Auch die Bundesbahn und die Bundespost haben erhebliche Ausgabensteigerungen vorgesehen. Die Landwirtschaft wird nach der nun zwei Jahre währenden Zurückhaltung vermutlich vermehrt investieren. Dagegen ist wenig wahrscheinlich, daß die Bauwirtschaft ihre Investitionen nach dem Investitionsstoß von 1968 weiter steigert.

Das Wachstum der Ausgaben für Ausrüstungsinvestitionen wird sich jedoch im Vergleich zur Entwicklung seit dem Frühjahr 1968 konjunkturell erheblich abschwächen.

Die Bauwirtschaft kann mit weiter steigenden Aufträgen vor allem der Industrie rechnen. Die Aufträge für Wohnbauten und Althausanierungen werden voraussichtlich stagnieren. Die öffentlichen Bauinvestitionen dürften im Jahre 1969 eine Zuwachsrate von etwa 7 vH erreichen. Dabei wird sich

der Tiefbau nach wie vor günstiger entwickeln als der öffentliche Hochbau. Für die Bauinvestitionen insgesamt zeichnet sich somit eine leichte Zunahme ab.

Starke Impulse werden auch im kommenden Jahr von der Nachfrage des Auslands ausgehen. Das intensive Ausfuhrwachstum der letzten Monate dürfte sich allerdings etwas verlangsamten. Zwar ist mit verbesserten Exportchancen der deutschen Wirtschaft auf den westeuropäischen Märkten zu rechnen, jedoch wird sich das Wachstum der Exporte nach den USA erheblich abschwächen, wenn es vorübergehend nicht sogar zu einem Stillstand kommt.

Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt wird dazu führen, daß bei den für das Frühjahr zu erwartenden zahlreichen Tarifabschlüssen erheblich größere Lohnerhöhungen vereinbart werden als 1968. Außerdem wird sich die Spanne zwischen den Tarif- und den Effektivverdiensten im Verlauf des Jahres weiter vergrößern.

Das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit wird zwar durch die weitere Heraufsetzung der Beitragssätze zur Sozialversicherung nochmals geschmälert; trotzdem wird das Nettoeinkommen anhaltend kräftig steigen. Die öffentlichen Einkommensübertragungen werden stärker und die Privatentnahmen wahrscheinlich fast ebenso rasch steigen wie 1968; insgesamt ergibt sich somit für das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte ein leicht beschleunigter konjunktureller Anstieg. Das dürfte auch für den privaten Verbrauch gelten. Das seit der Jahresmitte 1968 nach oben tendierende Preisniveau des privaten Verbrauchs wird sich im Laufe des kommenden Jahres kontinuierlich erhöhen; in der zweiten Jahreshälfte 1969 dürfte es um 2,5 vH über dem Niveau vom zweiten Halbjahr 1968 liegen. Auch bei den Investitionsgütern wird man angesichts der verstärkten Beanspruchung der Produktionsfaktoren und der damit verbundenen Kostensteigerungen mit Preissteigerungen rechnen müssen. Auf dem Baumarkt dürfte sich der Preisanstieg in sehr engen Grenzen halten, da die Nachfrage nach Bauleistungen verhältnismäßig wenig expandieren wird.

Das Wachstum des Bruttoeinkommens aus Untermertätigkeit und Vermögen, das schon im ersten Halbjahr 1968 seinen Höhepunkt erreicht hatte, wird im kommenden Jahr beschleunigt nachlassen.

Die Gesamteinnahmen des Staates werden im kommenden Jahr verstärkt steigen; der Zuwachs dürfte rund 10 vH betragen. Ein überdurchschnittliches Wachstum werden abermals die Sozialversicherungsbeiträge aufweisen, mit nur wenig geringerer Rate werden auch die Steuereinnahmen expandieren. Die starke Steigerung des Aufkommens aus der Lohnsteuer wird anhalten. Aber auch die Veranlagungssteuern dürften weiterhin zunehmen, obwohl die niedrigen Gewinne des Jahres 1967 zur Veranlagung kommen. Anders als 1968 werden die Einnahmen aus indirekten Steuern, insbesondere aus der Mehrwertsteuer, kräftig wachsen.

Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Vorausschätzungen für die Jahre 1968 und 1969¹⁾

	1965	1966	1967	1968		1969	
	Jahre			1. Hj.	2. Hj.	Jahr	1. Hj.

1. Entstehung des Sozialprodukts, real

	Wachstumsraten in vH								
	1965	1966	1967	1968	1968	1968	1969	1969	1969
Zahl der Erwerbstätigen	0,7	-0,3	-3,0	=0,0	-0,7	0,7	0,6	1,0	0,3
Tägliche Arbeitszeit	-0,8	-0,5	-0,6	0,4	0,8	0,1	-0,5	-0,5	-0,5
Arbeitstage, zur Hälfte gerechnet	0,2	-0,1	-0,2	-0,1	-0,5	0,3	0,1	-0,1	0,3
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	0,1	-0,9	-3,8	0,4	-0,4	1,1	0,2	0,4	0,1
Produktivität ²⁾	5,5	3,1	3,8	5,9	6,5	5,3	3,5	3,9	3,1
Bruttoinlandsprodukt	5,6	2,2	0,0	6,3	6,1	6,5	3,7	4,3	3,2

2. Verwendung des Sozialprodukts

a) in jeweiligen Preisen

	Mrd. DM				Wachstumsraten in vH				
	1965	1966	1967	1968	1968	1968	1969	1969	1969
Privater Verbrauch	255,7	274,9	281,4	296,2	140,2	6,5	6,5	6,5	7
Staatsverbrauch	69,7	75,5	80,6	84,0	38,5	7	7,5	9	6
Anlageinvestitionen	118,9	121,9	110,4	120,4	54,4	11,5	8	10	6,5
Ausrüstungen	58,2	57,6	52,2	56,1	26,0	8	12	16,5	8
Bauten	60,7	64,3	57,6	64,3	28,4	15	4,5	4	5
Bruttosozialprodukt	452,7	480,8	483,9	524,2	246,7	9	6,5	7	6
Ausfuhr	91,4	103,0	111,3	122,2	58,1	12	8,5	10	7
Einfuhr	92,0	96,5	95,3	105,9	50,0	13	10,5	12	9,5
Bruttosozialprodukt und Einfuhr	544,7	577,3	579,2	630,1	296,7	10	7	7,5	6,5
	Mrd. DM								
Vorratsveränderung	+9,0	+2,0	-4,5	+7,3	+5,5	+1,8	+6,0	+4,5	+1,5
Außenbeitrag	-0,6	+6,5	+16,0	+16,3	+8,1	+8,2	+15,3	+7,9	+7,4

b) in Preisen von 1954

	Mrd. DM				Wachstumsraten in vH				
	1965	1966	1967	1968	1968	1968	1969	1969	1969
Privater Verbrauch	199,5	206,5	207,7	214,5	102,5	4,5	4	4	4,5
Staatsverbrauch	45,6	46,0	47,6	48,1	22,3	3	3,5	5	2
Anlageinvestitionen	85,2	85,4	79,1	84,4	38,4	8	7	9,5	5
Ausrüstungen	48,7	47,4	43,5	46,2	21,4	6,5	10,5	15,5	6,5
Bauten	36,5	38,0	35,6	38,2	17,0	10,5	3	2,5	3
Bruttosozialprodukt	325,7	333,3	333,3	354,6	169,0	6,5	3,5	4,5	3
Ausfuhr	83,2	92,1	100,9	112,5	53,6	14	8	10	6
Einfuhr	96,0	98,6	98,2	111,5	52,8	15	10	11,5	8,5
Bruttosozialprodukt und Einfuhr	421,7	431,9	431,5	466,1	221,8	8,5	5	6	4,5
	Mrd. DM								
Vorratsveränderung	+8,2	+1,8	-3,8	+6,6	+5,0	+1,6	+5,5	+4,2	+1,3
Außenbeitrag	-12,8	-6,5	+2,7	+1,0	+0,8	+0,2	-1,4	-0,2	-1,2

c) Preisniveaus der Verwendungsbereiche (1954=100)

	Wachstumsraten in vH								
	1965	1966	1967	1968	1968	1968	1969	1969	1969
Privater Verbrauch	3,2	3,8	1,8	1,9	1,9	2	2,5	2,5	2,5
Staatsverbrauch	5,6	7,2	3,2	3,2	2,4	3,5	4	4	4
Anlageinvestitionen	2,2	2,3	-2,2	2,2	0,9	3	1	1	1,5
Ausrüstungen	3,0	1,8	-1,2	1,2	0,7	1,5	1	1	1,5
Bauten	2,5	1,6	-3,3	2,9	1,3	4,5	1,5	1,5	2
Ausfuhr	1,7	1,7	-1,4	-1,5	-1,5	-1,5	0,5	0	1
Einfuhr	2,1	2,1	-0,9	-2,1	-2,2	-2	0,5	0	1
Bruttosozialprodukt	3,7	3,7	0,6	1,8	1,1	2,5	2,5	2,5	3
Bruttosozialprodukt und Einfuhr	2,9	3,5	0,6	0,7	0,2	1,5	2	1,5	2

3. Einkommensentstehung und -verteilung

	Mrd. DM				Wachstumsraten in vH				
	1965	1966	1967	1968	1968	1968	1969	1969	1969
Volkseinkommen	345,4	364,8	362,1	396,5	185,8	9,5	5,5	6	5
davon									
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	225,8	243,0	243,4	260,5	123,2	9	8,5	8	8,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	119,6	121,8	118,7	136,0	62,6	11	0	2,5	-1,5
Nettolohn- und Gehaltssumme	168,2	178,3	177,6	186,0	89,3	6,5	6,5	6	7
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (o. Staat)	85,0	86,2	84,1	99,6	44,5	13	-1	1,5	-3,5
davon: verteilt (Entnahmen und Vermögenseinkommen)	71,8	76,6	77,2	84,2	35,6	9	8	8	8
	Mrd. DM								
unverteilt (nicht entnommene Gewinne)	13,2	9,6	6,9	15,4	8,9	6,5	7,4	6,7	0,7

Fortsetzung der Tabelle von Seite 265

	1965	1966	1967	1968		1969		
	Jahre			1. Hj.	2. Hj.	Jahr	1. Hj.	2. Hj.
	Mrd. DM							

4. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte

	Mrd. DM					Wachstumsraten in vH			
	1965	1966	1967	1968	1969	1968	1969	1968	1969
Nettolohn- und Gehaltssumme	168,2	178,3	177,6	186,0	89,3	6,5	6,5	6	7
Öffentliche Einkommensübertragungen	58,2	63,9	70,5	74,2	36,6	5	6,5	6,5	6,5
Entnahmen (verteilte Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Einkommen aus Vermögen)	71,8	76,6	77,2	84,2	35,6	9	8	8	8
Abzüge: Nicht zurechenbare Steuern u. ä. ³⁾ sowie Nettoübertragungen an die übrige Welt ¹⁾	6,7	8,2	8,4	8,6	3,8	4,5	8	8	8
Verfügbares Einkommen	291,5	310,6	316,8	335,8	157,7	7	6,5	6,5	7
davon: Privater Verbrauch	255,7	274,9	281,4	296,2	140,2	6,5	6,5	6,5	7
Ersparnis	35,8	35,7	35,4	39,6	17,5	11,5	6,5	6,5	7
Ersparnis in vH d. verfügbaren Einkommens (Sparquote)	12,3	11,5	11,2	11,8	11,1	12,4	11,8	11,1	12,4

1) Zahlen bis einschließlich 1. Halbjahr 1968 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und nach eigenen Berechnungen. Angaben für das 2. Halbjahr 1968 und für 1969 nach Vorausschätzungen der beteiligten Institute. Die vorausgeschätzten Wachstumsraten für das 2. Halbjahr 1968 und für 1969 wurden gerundet. — Die Berechnungen beziehen sich auf das Bundesgebiet einschließlich Berlin-West. — 2) Reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. — 3) Es handelt sich um Steuern im Zusammenhang mit dem privaten Verbrauch (Kraftfahrzeugsteuer, Hunde-, Jagd-, Fischereisteuer u. a.), ferner um Erstattungsbeträge im Rahmen der Sozialhilfe und freiwillige Beiträge von Selbständigen und Nicht-Erwerbstätigen zur Sozialversicherung.

Die Expansion der Gesamtausgaben des Staates wird sich im Verlaufe des kommenden Jahres abschwächen, die Steigerungsrate sich auf etwa 7 vH belaufen. Bei der Prognose der Ausgaben wurden zusätzliche Aufwendungen im Zusammenhang mit Bestrebungen um eine Stärkung der NATO sowie zusätzliche Leistungen im Rahmen des Devisenausgleichs 1969 nicht in Rechnung gestellt. Das Finanzierungsdefizit des Staates dürfte sich im gesamten Jahr um rund 5 Mrd. DM verringern. Diese Minderung konzentriert sich wahrscheinlich auf das zweite Halbjahr.

Der konjunkturelle Anstieg der Wareneinfuhr wird sich wohl im zuletzt erreichten Tempo fortsetzen. Die Importe von Rohstoffen und Halbwaren

werden, da die Wiederauffüllung der Läger hier abgeklungen ist, künftig vom laufenden Bedarf bestimmt. Die Bezüge von Fertigwaren werden unvermindert kräftig, die Einfuhren von Ernährungsgütern infolge der Verknappung des inländischen Angebots an tierischen Erzeugnissen etwas rascher als bisher zunehmen.

Das Expansionstempo der Einfuhr von Waren und Dienstleistungen wird im nächsten Jahr etwas höher sein als das der Ausfuhr, so daß der Außenbeitrag saisonbereinigt leicht zurückgehen wird.

Auf den ausländischen Kreditmärkten sind im großen und ganzen keine Zinsänderungen zu erwarten, die die Aufrechterhaltung des Zinsgefälles nennenswert erschweren. Der langfristige Kapital-

Einnahmen und Ausgaben des Staates¹⁾

	1965	1966	1967	1968		1969 ²⁾			
	Jahre			1. Hj.	2. Hj. ²⁾	Jahr	1. Hj.	2. Hj.	
	Mrd. DM					Wachstumsraten in vH			
Einnahmen									
Steuern	106,4	113,8	116,2	122,8	56,9	+8	+9,5	+10	+9
Sozialversicherungsbeiträge	47,6	52,4	53,8	60,7	28,8	+15	+12	+11,5	+12,5
Sonstige laufende Einnahmen	10,3	11,1	11,6	13,3	6,3	+18	+6	+8	+3
Laufende Einnahmen insgesamt	164,3	177,3	181,6	196,8	92,0	+10,5	+10	+10	+10
Vermögensübertragungen	0,9	0,8	0,8	0,7	0,3
Einnahmen insgesamt	165,2	178,1	182,4	197,5	92,3	+10,5	+10	+10	+10
Ausgaben									
Staatsverbrauch	69,7	75,5	80,6	84,0	38,5	+7	+7,5	+9	+6
Laufende Übertragungen an private Haushalte	59,0	64,4	71,0	75,2	37,1	+5,5	+6,5	+6,5	+6,5
Sonstige laufende Übertragungen	6,6	6,5	6,7	9,9	4,5	+38,5	+9	+20	±0
Zinsen	2,7	3,5	4,5	5,2	2,5	+17,5	+13,5	+16	+11
Laufende Ausgaben insgesamt	138,0	149,9	162,8	174,3	82,6	+8	+7,5	+9	+6
Vermögensübertragungen	11,1	10,7	11,1	12,4	4,6	+28	+6,5	+30	-8
Nettoinvestitionen	18,1	17,9	16,6	18,5	7,1	+15	+6	+9,5	+3,5
Ausgaben insgesamt	167,2	178,5	190,5	205,2	94,4	+10	+7	+10	+5
Finanzierungssaldo ³⁾	-2,0	-0,3	-8,2	-7,7	-2,0	-5,6*)	-2,8*)	-2,1*)	-0,7*)

1) Gebietskörperschaften, Lastenausgleichsfonds und Sozialversicherung. — 2) Gerundet. — 3) Summe aller Ausgaben vermindert um Darlehn an Dritte und Tilgung abzüglich Summe aller Einnahmen vermindert um die Bruttokreditaufnahme und die Tilgungseinnahmen des Staates. — 4) Mrd. DM.

Quelle: Zahlen bis einschl. 1. Halbjahr 1968 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. Vgl. Wirtschaft und Statistik, 1968 Heft 9, S. 433 und 542. Angaben für das 2. Halbjahr 1968 und 1969 nach Vorausschätzungen der beteiligten Institute.

export wird deshalb vermutlich ausreichen, den Überschuß der laufenden Posten in der deutschen Zahlungsbilanz auszugleichen.

Thesen zur Konjunkturpolitik

Die Mehrzahl der Institute vertritt folgende Meinung:

Nachdem die Vollbeschäftigung wiederhergestellt ist, das gesamtwirtschaftliche Wachstum eine Stärke erreicht hat, die den verfügbaren Ressourcen entspricht, und die Zahlungsbilanz trotz unvermindert hoher Überschüsse der Leistungsbilanz durch Kapitalexporte ausgeglichen wird, sehen sich die konjunkturpolitisch verantwortlichen Stellen nun vor die Frage gestellt, ob die Investitionstätigkeit so stark wird, daß es zur Vermeidung eines sich über längere Zeit verstärkenden Preisanstiegs kontraktiv wirkender Maßnahmen bedarf.

Wir glauben, diese Frage verneinen zu müssen. Der Verlauf der im Frühjahr 1967 entstandenen Investitionswelle läßt unseres Erachtens erwarten, daß die Preiserhöhungen gegen Ende des Jahres 1969 ihren Höhepunkt erreichen und danach abklingen werden.

Das Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen übersteigt nun schon mehr als ein Jahr den längerfristig erreichbaren Pfad beträchtlich. Das spricht dafür, daß in absehbarer Zeit eine entsprechende Verlangsamung im Wachstumstempo der Investitionen erfolgen wird. Zuvor wird sich die Bestellfähigkeit der Investoren abschwächen. Da bisher diese Abschwächung etwa 2½ Jahre nach dem Beginn der Investitionszyklen einsetzte, kann sie diesmal für den Herbst 1969 erwartet werden. Zu dieser Zeit bereits wird der Anteil der realen Ausrüstungsinvestitionen am realen Bruttosozialprodukt kaum weniger groß sein als im zweiten Halbjahr 1965. Ein weiterer unverminderter Anstieg der Investitionsnachfrage würde zu einer Quote führen, wie sie in der Vergangenheit nie erreicht worden ist.

Auch die voraussehbare Entwicklung der sonstigen Nachfragekomponenten läßt nicht darauf schließen, daß der Beginn der Abschwächung in der Investitionsneigung diesmal später eintreten wird. Wie bereits dargestellt, sind von den Ausgaben für den Wohnungsbau und von den außenwirtschaftlichen Beziehungen neue Impulse für die private Investitionstätigkeit nicht zu erwarten. Anders als in den früheren Zyklen wird der Staat die ihm zufließenden Mehreinnahmen zu einem erheblichen Teil nicht für zusätzliche Ausgaben verwenden; deren Wachstum wird sich eher abschwächen. Das Finanzierungsdefizit des Staates wird sich dabei — wie erwähnt — im zweiten Halbjahr 1969 um etwa 5 Mrd. DM verringern. Von den Staatsfinanzen werden also dämpfende Einflüsse auf die Gesamtnachfrage ausgehen.

All dies schafft günstige Voraussetzungen für das Gelingen einer wachstumsgerechten Einkommens-

und Preispolitik im Rahmen der konzertierten Aktion.

Wenn somit auch die zu erwartende Lohnentwicklung keinen Anlaß für kontraktiv wirkende Maßnahmen zur Bekämpfung des Preisauftriebs liefert, so besteht insofern auch kein Grund, den Außenbeitrag durch eine Aufwertung der D-Mark zu verringern.

* * *

Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung, Essen, beurteilt die konjunkturelle Problematik im kommenden Jahr anders als die übrigen Institute:

— Die starke Verlangsamung im Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen ist ausschließlich von Nachlassen der Angebotsreagibilität und nicht von der Nachfrage her bedingt. Ein zyklisches Erlahmen der Investitionsneigung Mitte 1969 erscheint angesichts der von der Industrie und anderen Wirtschaftszweigen geplanten Investitionssteigerungen wenig wahrscheinlich. Selbst wenn die Investitionsneigung im Laufe des Jahres nachlasse, werden Produktion und Beschäftigung dem Rückgang schon allein wegen der bis dahin angesammelten Auftragsbestände erst sehr viel später folgen.

— Wichtigster Grund für den prognostizierten Anstieg des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus im Jahre 1969 sind die konjunkturellen Spannungen zwischen Angebot und Nachfrage:

Der hohe Grad der Kapazitätsauslastung, die Zunahme der Auftragsbestände und die steigende Zahl der offenen Stellen deuten jedenfalls darauf hin, daß der Aufschwung sich rasch den vor allem vom Arbeitskräfteangebot bestimmten Grenzen nähert und über den Mangel an Arbeitskräften eine neue knappheitsbedingte Kosten- und Preiswelle in Gang kommt, die die in der Rezession erreichte Stabilisierung des Kosten- und Preisniveaus zunichte macht.

Nach der vorgelegten Prognose wird die Verlangsamung des gesamtwirtschaftlichen Preisanstiegs von 3,7 vH im Jahre 1966 auf 0,6 vH im Jahre 1967 — die Steigerungsrate von 1,5 vH im Jahre 1968 ist durch die Einführung und Erhöhung der Mehrwertsteuer mitbestimmt — von einer Beschleunigung auf 2,5 vH im Jahre 1969 abgelöst.

Für die Wirtschaftspolitik stellt sich daher folgende Alternative:

— Durch wirtschaftspolitische Abstinenz läßt man dem Kosten- und Preisanstieg freien Lauf; der in der mittelfristigen Zielprojektion anvisierte Trend einer Verringerung des gesamtwirtschaftlichen Preisanstiegs wird verlassen. Das Preis- und Kostengefälle zwischen der Bundesrepublik und dem Ausland, das sich während der Rezession herausgebildet hat und eine wichtige Ursache für den hohen Ausfuhrüberschuß sein

dürfte, wird durch die nachholenden Preis- und Kostensteigerungen verringert; die hohen außenwirtschaftlichen Überschüsse werden sich dann über kurz oder lang wahrscheinlich von selbst reduzieren.

Allerdings ist nicht auszuschließen, daß dieser Prozeß eine gewisse Eigendynamik entfaltet: Die Kosten- und Preissteigerungswelle dürfte sich aller Erfahrung nach in entsprechenden Inflationszuschlägen bei der Lohnentwicklung und inflatorisch überhöhten Steuereinnahmen des Staates weiterwälzen und so kumulieren. Die wirtschaftspolitischen Instanzen könnten sich dann schließlich doch zu einer Politik der Geldwertstabilisierung gezwungen sehen, die allerdings stärker ausfallen müßte als jene, die die Preis- und Kostenwelle erst gar nicht entstehen ließe.

Der andere, an den Zielen des Stabilitätsgesetzes orientierte Weg erfordert bereits in unmittelbarer Zukunft wirtschaftspolitisches Handeln mit dem Ziel, die gesamtwirtschaftliche Nachfrage nicht über den vom Angebot begrenzten Wachstumspfad hinaus expandieren zu lassen. Eine solche Konjunkturpolitik würde aber — gleich auf welche Weise sie realisiert würde — das zwischen der Bundesrepublik und dem Ausland bestehende Preisgefälle weiter vergrößern, damit den Sog der Auslandsnachfrage auf die westdeutsche Wirtschaft verstärken und den ohnedies schon hohen außenwirtschaftlichen Überschuß vermutlich noch erhöhen.

Eine Stabilisierung des inländischen Preis- und Kostenniveaus kann daher nur erreicht werden, wenn sie gegenüber dem Preissteigerungstrend im Ausland durch eine Änderung der Wechselkurse abgeschirmt wird. Schon eine Änderung um wenige Prozent würde bei der gegenwärtigen konjunkturellen Konstellation in der Bundesrepublik die Gefahr einer Übernachfrage beseitigen, die außenwirtschaftliche Absicherung lösen helfen, den Preiswettbewerb zwischen dem Inland und Ausland fördern und nicht zuletzt auch zur Beseitigung der internationalen Zahlungsbilanzungleichgewichte beitragen.

Ein Ausgleich der Leistungsbilanzüberschüsse durch Kapitalexporte kann zwar die Zahlungsbilanzschwierigkeiten der Defizitländer mildern, bindet aber die Bundesbank weitgehend an das Zinsgefälle zum Ausland.

Für den Fall, daß der außenwirtschaftliche Überschuß ruckartig reduziert werden sollte, wären Maßnahmen vorzubereiten, um Rückwirkungen auf Wachstum und Beschäftigung abzufangen.

Die Situation eines konjunkturellen Hochs erscheint für die Lösung der außenwirtschaftlichen Probleme auf jeden Fall geeigneter als andere konjunkturelle Phasen.

Voraussetzung für den Erfolg einer solchen Politik ist allerdings, daß die Finanzpolitik gegenüber konjunkturpolitischen Erfordernissen weiterhin offen bleibt.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5 und 53 Bonn, Adenauerallee 170
Tel. 76 10 33 — telex 0183247 diwbl

Präsident: Dr. Klaus Dieter Arndt. Abteilungsleiterkollegium: Dr. Ingeborg Köhler-Riedckenberg, Prof. Dr. Rolf Kregel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Herbert Martell, Dr. Peter Mitzscherling, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter

Für den Inhalt verantwortlich: das Kollegium der Abteilungsleiter. Schriftleitung: Dr. Wolfgang Watter, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5. Verlag: Duncker & Humblot, 1 Berlin 41, Dietrich-Schäfer-Weg 9. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Büro-Technik G. m. b. H., 1 Berlin 36, Muskauer Str. 43

Bezugspreis für den Jahrgang DM 32,—, vierteljährlich DM 9,—, Einzelnummer DM 1,—

— Hierzu 1 Zahlenbeilage —

Gegenstand*)	Einheit †)	1967						1968								
		Juli	August	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	August	
Kredite an Nichtbanken																
Zentralbanksystem	Mill. DM	E	4153	3984	3997	5192	6039	7136	4863	5306	5159	5069	5120	5298	5260	4975
Kreditbanken	"	"	79791,7	80450,0	81754,2	81087,5	82245,4	85791,3	84332,5	84976,6	86385,3	86918,5	88773,2	92154,5	91963,7	.
an Wirtschaft und Private	"	"	65373,1	65898,2	67003,1	66288,2	66620,9	69765,3	67653,0	68212,7	69234,1	69179,8	70177,0	73087,5	72740,0	.
kurzfristige Kredite	vH	"	59,8	59,5	60,1	59,2	59,0	60,0	58,7	58,7	58,5	58,1	58,2	57,6	.	
dar. Wechselkredite	"	"	24,3	24,4	24,4	24,5	24,9	27,0	25,9	25,5	24,9	25,2	25,6	25,1	25,2	.
mittelfristige Kredite	"	"	18,1	18,1	17,8	18,0	17,8	17,5	17,6	17,6	17,8	18,0	18,0	18,2	18,0	.
langfristige Kredite	"	"	22,1	22,4	22,1	22,8	23,2	22,5	23,7	23,7	23,7	23,9	23,9	23,6	24,4	.
an öffentl.-rechtl. Körperschaften	Mill. DM	"	3414,4	3551,0	3588,2	3649,4	3851,7	4035,9	3843,1	4042,0	4313,7	4494,3	4557,0	4687,1	4603,8	.
Wertpap. u. Konsortialbeteiligung	"	"	11004,2	11000,8	11162,9	11149,9	11763,8	11990,1	12836,4	12721,9	12837,5	13244,4	14039,2	14379,9	14619,9	.
Übrige Kreditinstitute¹⁾																
an Wirtschaft und Private	"	"	271186,8	273581,1	276255,3	285593,8	282430,5	285593,8	288376,8	291611,9	294921,8	297112,2	300394,5	304249,8	306537,3	.
kurzfristige Kredite	vH	"	181921,3	182820,1	184622,1	185565,6	187494,9	189751,1	189591,9	190744,3	192568,1	193651,3	195652,6	198064,7	198645,7	.
dar. Wechselkredite	"	"	17,5	17,2	17,5	17,1	17,1	17,2	16,9	16,9	17,3	17,1	17,1	17,6	17,1	.
mittelfristige Kredite	"	"	5,6	5,7	5,6	5,5	5,5	5,6	5,4	5,3	5,3	5,3	5,4	5,4	5,5	.
langfristige Kredite	"	"	9,2	9,3	9,3	9,2	9,3	9,2	9,1	9,0	9,0	9,0	9,1	9,0	9,0	.
an öffentl.-rechtl. Körperschaften	Mill. DM	"	73,3	73,5	73,2	73,7	73,6	73,6	73,1	74,1	73,7	73,9	73,8	73,4	73,9	.
Wertpap. u. Konsortialbeteiligung	"	"	54050,0	54447,8	54606,9	55187,8	56213,0	57103,4	58013,7	59142,8	60019,1	60481,5	61075,3	61616,2	62278,8	.
	"	"	35215,5	36313,2	37026,3	37997,6	38722,6	38739,3	40771,2	41724,8	42334,6	42979,4	43666,6	44568,9	45612,8	.
Bargeldumlauf und Bank-einlagen²⁾																
Bargeldumlauf außerhalb der Kreditinstitute	Mill. DM	E	31189	30643	30943	30224	31524	31412	29750	30548	31022	30603	31589	31868	31656	31956
Sicht- u. Termineinlagen, ges. ¹¹⁾	"	"	86018	88018	88658	89691	92658	98322	96356	97443	96729	98817	99762	102132	101009	102933
vor Wirtschaft und Privaten	"	"	67259	68303	68035	70602	73514	78265	76413	76139	75103	78334	79432	79112	80338	80976
Sichteinlagen	vH	"	66,0	65,7	66,0	65,4	65,6	65,3	62,6	60,9	61,0	60,8	60,5	61,4	61,5	61,2
Termineinlagen	"	"	34,0	34,3	34,0	34,6	34,4	34,7	37,4	39,1	39,0	39,2	39,5	38,6	38,5	
von deutschen öffentl. Stellen ¹¹⁾	Mill. DM	"	18759	19175	20623	19089	19144	20057	19943	21304	21626	20483	20330	23020	20671	21957
Sichteinlagen bei Kreditinstituten außerhalb d. Zentralbanksystems	vH	"	24,8	26,3	25,8	27,9	27,9	32,2	25,1	25,4	24,7	23,4	26,3	26,0	24,2	24,3
Sichteinlagen beim ZBS ¹¹⁾	"	"	16,3	12,9	17,2	12,9	11,4	10,5	16,7	17,9	21,5	19,9	10,7	19,7	15,7	15,8
Termineinlagen	"	"	58,9	60,8	57,0	61,3	60,7	57,3	58,2	56,7	53,8	56,7	63,0	54,3	60,1	59,9
E R P-Sondervermögen	Mill. DM	"	669	691	523	735	707	298	742	567	483	566	539	348	750	592
Spareinlagen	"	"	133832	134918	135785	137585	138163	143428	146038	148040	149108	150005	150992	151772	152974	154237
Deutsche Bundesbank																
Gold und Devisen, gesamt	Mill. DM	E	30948,8	30933,1	31606,1	31661,5	32450,8	32400,7	31304,7	32519,1	33846,8	33807,1	33509,9	35362,5	35158,1	35820,9
Gold	"	"	16881,3	16872,4	16872,8	16860,3	16845,2	16646,6	16297,7	16239,4	15629,5	15629,6	15632,3	16990,3	17140,7	17426,3
Guthaben bei ausländ. Banken	"	"	12306,8	12433,3	12901,2	13132,3	13854,3	13800,9	13184,2	14381,3	16098,8	16044,5	15600,6	16011,2	15772,7	15754,6
Sorten, Wechsel, Schecks	"	"	1760,7	1627,4	1832,1	1668,9	1731,3	1953,2	1822,8	1898,4	2118,5	2133,0	2271,0	2361,0	2244,7	2640,0
Wertpapiermarkt																
Absatz an festverz. Schuldverschreibungen und Aktien ³⁾	Mill. DM	S	2398,5	1767,1	1673,5	2047,9	1976,6	1638,5	3888,7	2608,8	1706,3	1798,5	1661,2	°) 1690,0	2406,0	1673,6
Pfandbriefe	vH	"	16,1	14,8	15,9	20,6	19,3	24,4	19,6	16,8	20,8	21,2	21,3	°) 114,6	20,8	20,2
Kommunalobligationen	"	"	25,2	36,0	31,1	27,4	27,5	32,1	34,3	34,9	52,3	42,1	39,8	°) 33,3	29,2	49,2
Öffentliche Anleihen	"	"	49,5	35,2	17,3	25,5	26,1	8,4	31,0	28,7	9,3	25,7	16,2	°) 22,9	25,3	3,2
Industrieobligationen	"	"	1,7	—	13,7	4,9	7,6	—	1,3	—	—	—	7,5	0,6	—	
Aktien	"	"	2,6	6,5	9,8	1,7	3,7	19,8	4,5	12,6	3,0	1,4	1,0	°) 15,6	10,8	7,1
Kursdurchschnitt ³⁾	31.12.65	D	91	102	105,9	106,8	112,2	114,3	121,1	121,8	121,4	126,7	128,3	131,5	133,8	135,7
Aktien ⁴⁾	= 100	"	115,51	115,83	116,03	116,17	116,27	116,53	117,07	117,24	117,78	119,00	120,52	120,52	120,89	121,57
5%ige Pfandbriefe, steuerfrei	vH	"	92,09	91,33	91,17	90,81	90,35	90,13	90,29	90,10	90,04	90,55	93,00	93,27	95,02	95,47
6%ige Pfandbriefe, tarifbesteuert	"	"	91,50	91,07	90,82	90,43	89,94	90,00	90,18	90,25	90,22	90,79	92,95	93,07	94,69	95,33
6%ige Komm.-oblig., tarifbesteuert	"	"														
Finanzen																
Kassenmäßige Einnahm. aus Steuern des Bundes und der Länder ⁵⁾	Mill. DM	S	7126,5	7622,6	10815,6	6905,1	7493,3	12297	7854	6399	10173	6044	6683	11402	7610	7557
Einkommen- u. Körperschaftst. ⁶⁾	"	"	2633,5	2334,7	6362,8	2301,4	2101,1	7214	3077	1929	6254	2107	1915	6952	2884	2561
Lohnsteuer	"	"	1726,1	1707,8	1797,1	1913,8	1780,9	2152	2275	1502	1321	1321	1365	1631	1923	1994
Veranlagte Einkommensteuer	"	"	503,8	315,0	3118,6	233,2	145,8	3375	853	258	3364	438	381	3362	505	262
Körperschaftsteuer	"	"	139,9	65,3	1389,7	62,9	111,8	1634	230	103	1657	201	90	1764	157	88
Umsatzsteuer	"	"	2121,9	2074,2	2050,7	2114,0	2252,3	2233	2796	1761	1563	1698	1814	1985	2212	2256
Zölle und Verbrauchssteuer	"	"	1665	2020	1793	1788	1871	2223	1361	1683	1687	1886	1809	1865	1695	1695
Lastenausgleichsabgaben ⁷⁾	"	"	45,0	285,8	25,1	56,7	317,8	51,5	—	—	375	—	—	394	—	—
Außenhandel																
Einfuhr, insgesamt	Mill. DM	S	5606	5632	5655	6316	6453	6613	6212	6152	6634	6604	6761	6051	7341	6467
Ausfuhr, insgesamt	"	"	6906	6617	7165	7955	7623	8101	7476	7449	8409	7703	8062	7069	8736	7712
Einfuhrvolumen ⁸⁾	"	"	+1300	+4985	+1510	+1639	+1170	+1488	+1264	+1297	+1775	+1099	+1301	+1018	+1395	+1245
Saldo ⁹⁾	"	"	5460	5497	6202	6321	6377	6161	6115	6452	6465	6756	6756	6067	7398	6572
Ausfuhrvolumen ⁸⁾	"	"	6784	6572	6971	7855	7459	7859	7313	7344	8266	7656	8017	7106	8745	7748
Terms of Trade ⁹⁾	1962=100	D	99,1	98,2	100,5	99,5	100,1	99,4	101,4	100,8	100,0	98,4	100,5	99,8	100,7	101,1
Einfuhr																
Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. DM	S	1376	°) 1378	1266	1426	1511	1560	1285	1220	1414	1399	1434	1301	1457	1392
Rohstoffe	"	"	901	930	1032	1056	1117	1155	1101	1177	1078	1117	1185	1089	1128	1136
Halbwaren	"	"	898	938	913	1000	1067	1141	1132	1021	1133	1069	1089	976	1235	1085
Fertigwaren	"	"	2362	2260	2371	2717	2669	2673	2622	2669	2930	2935	2968	2602	3400	2779
davon: Vorerzeugnisse	"	"	767	706	760	901	904	812	938	954	1033	995	1045	908	1187	998
Enderzeugnisse	"	"	1595	1554	1611	1816	1765	1861	1684	1715	1897	1940	1923	1694	2213	1781
Ausfuhr																
Güter der Ernährungswirtschaft	"	"	181	181	202	249	234	233	229	223	241	235	224	224	258	243
Rohstoffe	"	"	228	230	235	257	263	254	252	244	254	255	265	239	273	245
Halbwaren																